

MODERNER SOZIALISMUS ALS EVOLUTIONSTHEORIE

RAINER LAND

Vor 20 Jahren erschien in Berlin (West) das »Umbaupapier«. Auf Grundlage des Konzepts des »Modernen Sozialismus« aus den 1980er Jahren entwarf es strategische Auswege aus der Krise des Staatssozialismus. Die Umstände, die Wirkung, das politische Konzept und auch das Scheitern des Modernen Sozialismus sind bereits ausführlich dargestellt worden (vgl. Brie 1993; Crome u.a. 1999; Kirschner 2000; Segert 2008; Land 1999; 2010). Hier werden *theoretische* Konsequenzen diskutiert, weiterentwickelt und die Frage nach der Bedeutung für die gesellschaftsstrategische Debatte der Linken gestellt.

MODERNE UND EVOLUTION

Mein Konzept des modernen Sozialismus gründet auf einer evolutorischen Gesellschaftstheorie. Danach können moderne Gesellschaften nur durch die Permanenz ihrer Veränderung existieren, durch an-

dauernde Umwälzungen und fortlaufende Modernisierungen, durch endlose wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung. Eine evolutorische Theorie gesellschaftlichen Fortschritts findet sich in Ansätzen bei Marx, wenn auch eingebettet in eine an Hegel anknüpfende geschichtsphilosophisch-teleologische Rahmenkonstruktion. Gerade diese wurde bedauerlicherweise später zum dominanten Bestandteil des *Historischen Materialismus*. Marx' evolutorische Ansätze werden dagegen meist übersehen – Schumpeter und Luhmann schätzen Marx dagegen gerade deswegen. Schumpeter war der erste, der eine ausgearbeitete nicht-teleologische Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt hat, wenn auch nicht in der Absicht, sozialistische Perspektiven aufzuzeigen. Ihm ging es darum, dass Kapitalismus als *Evolutionmaschine* begriffen werden muss.

In modernen Gesellschaften ist fortwährende Veränderung zur Bedingung der Existenz geworden. Ihre gesellschaftlichen Strukturen – die Kapitalverwertungsökonomie, die systemische Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur, die (relative) Autonomie der Subsysteme gegeneinander und die Scheidung der System- von Lebenswelten – sind nur zu verstehen, wenn man sie funktional als Momente eines Evolution erzeugenden Zusammenhangs begreift.

Evolution ist grundsätzlich offen, es entsteht Neues, die in der Zukunft liegenden Resultate sind unbestimmt und unbestimmbar. Aber sie ist hinsichtlich der *Entwicklungsrichtungen* nicht beliebig – was nur scheinbar ein Widerspruch ist. Welche

Resultate bleiben, welche untergehen, hängt von Entwicklungsrichtungen ab, die durch *selektive Rekombination* vieler Millionen einzelner Innovationen zustande kommen. Das gilt für Produktions- und Konsumtionsmittel, aber auch für technische Verfahren und für Innovationen von Institutionen, Rechtsformen, kulturelle Codes oder Kunstwerke.

EVOLUTION UND KAPITALISMUS

Evolution erfolgt, indem Veränderungen erzeugt werden, die in ihrer Wirkung zunächst unbestimmt sind. Sie werden im Prozess der Verbreitung und der Rekombination selektiert, methodisch analog zur darwinschen Theorie von Variation und Selektion. Die Kapitalverwertungsmaschine erzeugt und selektiert ständig Innovationen. Durch die Selektion entsteht eine bestimmte Richtung des Wandels der Produktionsmittel, der Produkte, der Verfahren, der Produktions- und Lebensweise. Formal werden Innovationen verbreitet, wenn sie rentabel sind, also mehr einbringen als sie selbst gekostet haben. Kapitalverwertung erzeugt einen permanenten Innovationsdruck und lässt zugleich nur solche Innovationen und Rekombinationen passieren, die einen Überschuss über ihre Kosten abwerfen. Daher konnte sich die Kapitalverwertungsökonomie gegen andere durchsetzen, die keine solchen Evolutionmaschinen sind.

Marx hat in der Theorie der relativen Mehrwertproduktion (Das Kapital I, 13. Kapitel) gezeigt, dass diese Art der wirtschaftlichen Entwicklung gesellschaftlich nicht neutral ist, es keinen neutralen technischen Fortschritt gibt. Die Selektion nach den

formal simplen Kriterien eines steigenden Mehrwerts bzw. steigender Produktivität und Profitabilität erzeugt eine *sozialökonomisch bestimmte Richtung* der Veränderung der Produktions- und Lebensweisen. Die Fabrik, die Arbeiterstädte, die Arbeits- und Lebenswelten der »Großen Industrie« sind Produkte wirtschaftlicher (in gewisser Weise auch kultureller) Evolution. Diese kommen durch Selektionen von Innovationen zustande, die an die Bedingung eines sinkenden Werts der Ware Arbeitskraft gebunden sind.² Diese Entwicklungsrichtungen führen zur Subsumtion der lebendigen Arbeit unter den kapitalistischen Produktionsprozess und die Lebensweise der Arbeiter wird zur Reproduktion verkaufbarer Arbeitskraft für das Kapital. Damit hat Marx gezeigt, wie eine richtungsbestimmte sozioökonomisch fortschreitende Entwicklung theoretisch gedacht werden kann, ohne auf teleologische Konstruktionen zurückgreifen zu müssen. Dabei wird klar, dass diese Richtungsbestimmtheit nicht allein durch das formale Prinzip der Kapitalverwertung erklärt werden kann. Vielmehr hängt sie vom gegebenen sozialökonomischen Kontext ab – den sie aber zugleich längerfristig verändert. Unter den Bedingungen einer vorgefundenen (zunächst vorkapitalistischen) Klassengesellschaft und im Kontext der so genannten ursprünglichen Akkumulation führt Selektion nach den Kriterien der Produktion von Mehrwert und Profit zu einer Welt der »fortschreitenden Unterordnung der Arbeit unter das Kapital«. Nicht das Kapitalverwertungsprinzip (G-W-G') für sich führt zu dieser Selektionsrichtung, sondern Kapitalverwer-

tung unter den bestimmten sozialstrukturellen und kulturellen Voraussetzungen. In einem anderen Kontext – dies wissen wir durch die Analyse der Ambivalenz der Moderne zwischen Faschismus, Stalinismus, New Deal und Wohlfahrtskapitalismus – führen die gleichen formalen Selektionskriterien zu anderen sozioökonomischen Entwicklungsrichtungen. Dabei können wir mindestens vier historische Regime der Kapitalverwertung unterscheiden: den Kapitalismus der so genannten ursprünglichen Akkumulation, der ersten Industrialisierung, der großindustriellen und kolonialen Expansion (nach Rosa Luxemburg: der äußeren Landnahme) und den Teilhabekapitalismus. Dessen Aufstieg begann während des 2. Weltkriegs; seinen Niedergang erleben wir seit Mitte der 1970er Jahre. Meine These ist: Es handelt sich um jeweils andere Regime wirtschaftlicher Entwicklung mit anderen Selektionsrichtungen und Fortschrittskriterien.

Die Differenzen der Selektionsrichtungen können nicht durch die *Formen* der Warenproduktion, den Warenfetisch, die Verkehrung von Ware und Geld in der Zirkulation, das Prinzip der Kapitalverwertung (G-W-G') oder den Akkumulationstrieb des Kapitals erklärt werden, denn die Formen bleiben gleich. Sie lassen sich nur erklären durch den sich verändernden kulturellen Kontext und sozialstrukturellen Zusammenhang, in dem Warenproduktion und Kapitalverwertung erfolgen. Man könnte dies auch veränderte kulturelle Hegemonien (oder gesellschaftliche Regulationsweisen) nennen.

In jeder kapitalistischen Produktionsweise erscheint die Reproduktion des Lebens

der Arbeiter formal als bloßes Mittel der Kapitalverwertung (Marx, *K I*, 21. Kapitel). Es werden Selektionsrichtungen begünstigt, die das Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihrer Familien und sozialen Gemeinschaften an die Erfordernisse der Kapitalverwertung respektive die Maximierung des Profits adaptieren. Allerdings ist ein Mindestmaß an Koevolution unaufhebbar, d.h. die Kapitalverwertung muss umgekehrt auch an bestimmte natürliche und kulturelle Erfordernisse der Lebensweise der Arbeiterklasse adaptiert werden – was zugleich die Kapitalverwertung stabilisiert. Dies zeigte Marx an den Kämpfen um die Regulierung des Arbeitstages (*K I*, 18. Kapitel). In der Entwicklung des Kapitalismus wird nicht nur das Leben der Menschen an die Bedingungen der Kapitalverwertung adaptiert, sondern auch umgekehrt die Kapitalverwertung an die Lebensbedingungen der Menschen. Arbeiter sind nicht nur Opfer, sie sind auch Akteure.

Für das Verständnis des 20. Jahrhunderts ist entscheidend, ob und unter welchen Bedingungen sich der Koevolutionszusammenhang Kapital und Lebenswelt verändert. Für den New Deal und die Entstehung des Wohlfahrtskapitalismus ist das einigermaßen analysiert (ich spreche lieber von *Teilhabekapitalismus*, weil sein Prinzip in der etwa gleichen Verteilung der Resultate des Produktivitätsfortschrittes zwischen Kapital und Arbeit besteht; Busch/Land 2009). Der Teilhabekapitalismus entstand als Ausweg aus einer existenziellen Krise der Kapitalverwertung. Der 1. Weltkrieg und die Weltwirtschaftsdepression seit 1929 zeigten die

Erschöpfung des Evolutionspotenzials des Kapitalismus der äußeren Landnahme (Luxemburg 1913). Die tiefe Krise der 1930er Jahre führte zu sozialen und politischen Kämpfen und induzierte eine Vielzahl von Suchprozessen nach neuen Ressourcen und veränderten institutionellen Arrangements. Daraus ergaben sich verschiedene Transformationsversuche. Für neue institutionelle Arrangements und Entwicklungspfade stehen insbesondere das nationalsozialistische Deutschland (Lauer-mann 1998), Sowjet-Russland (vgl. Land 1996) und die USA (für alle drei vgl. Gramsci, Gefängnishefte). Dabei erweist sich nur der amerikanische New Deal als eine längerfristig (etwa 50 Jahre) tragfähige Lösung, die weltweit einen neuen Entwicklungsschub auslöste. Er führte zu einem anderen Arrangement des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit sowie von Wirtschaft und Staat.

Entscheidend war die Kombination der fordistischen Massenproduktion mit der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung, weil sie mit der so genannten inneren Landnahme ein neues Reservoir für Innovationen öffnete. Der Zusammenhang von Massenproduktion und Massenkonsum und damit die Koevolution von Kapitalverwertung und Lebensweise (vor allem der abhängig Beschäftigten) ist für dieses Regime konstitutiv. Offensichtlich funktioniert solch ein Kapitalismus nur, wenn und solange es halbwegs ausgewogene Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit gibt, nämlich bis in die 1970er Jahre. Aus der Analyse dieser Entwicklungen ziehe ich die Schlussfolgerung, dass die sozioökonomischen Kräfteverhältnisse und die kulturellen

Kontexte erklären, zu welche konkreten Entwicklungsrichtungen eine Kapitalverwertungsökonomie führt.

Der fordistische Teilhabekapitalismus geriet in den 1970er Jahren in eine existenzielle Krise, die durch die neoliberalen Bewältigungsstrategien verlängert und verschlimmert wurde. Fundamentale Ursache des Niedergangs scheinen die negativen Skaleneffekte der hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurückbleibenden Ressourceneffizienz (Busch/Land 2009) zu sein. Hinzu kommen modifizierende Faktoren: die Suspendierung der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung, der Wettbewerbsstaat als Welthandelsregime, die Finanzmarktliberalisierung. Kann die Grenze des Teilhabekapitalismus durch ein neues Regime wirtschaftlicher Entwicklung überwunden werden? Nur wenn nicht mehr die Arbeitsproduktivität, sondern die Ressourceneffizienz zur entscheidenden Quelle wirtschaftlicher Entwicklung würde.

Dies setzt soziale Kämpfe voraus, in deren Ergebnis eine Transformation der Kapitalverwertung in einen Ökokapitalismus erfolgt, und zwar in einen *sozialen Ökokapitalismus!* Das seit den 1980er Jahren suspendierte Prinzip des Teilhabekapitalismus – wachsende Einkommen für wachsenden Massenkonsum – kann nicht in der alten Form wiederhergestellt werden, es gibt keine Rückkehr zum fordistischen Wohlfahrtskapitalismus. Keinesfalls aber kann das Prinzip der Teilhabe selbst zurückgenommen werden. Die neuen sozialen Bewegungen, die Frauen-, Ökologie-, Friedensbewegung, die Globalisierungskritiker, ohne die keine ökologische

Modernisierung erkämpft würde, können nicht von der Teilhabe an einem neuen und inhaltlich veränderten Reichtum ausgeschlossen werden – sie werden es sein, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erst noch definieren, worin dieser neue Inhalt von Reichtum individueller Entwicklung bestehen könnte. Was aber bedeutet Teilhabe unter den Bedingungen ökologischer Modernisierung? Dies ist heute die wichtigste Frage an die sozialistische Bewegung. Ohne neue Antworten ist kein Entwicklungspfad denkbar, der die neoliberale Krisenstrategie überwinden könnte.

Ein neues, die Krise überwindendes Regime der Kapitalverwertung jenseits der fordistischen Massenkonsumtion muss sowohl mit der ökologischen Modernisierung als auch mit der Bewältigung der globalen Unterentwicklung vereinbar sein. Zugleich muss es progressive Entwicklung der Lebenswelten der Individuen ermöglichen, steigende Einkommen eingeschlossen. Selbstbeschränkung und Askese sind keine Antwort. Die Schwellenländer und der globale Süden insgesamt stehen vor der Herausforderung, für ihre nachholende Industrieentwicklung von vornherein einen ressourceneffizienten und umweltkompatiblen Pfad zu finden und *zugleich* die Teilhabe ihrer Bevölkerung über Arbeitsplätze, steigende Einkommen und bessere soziale Standards zu entwickeln. Dies müsste auch der Ausgangspunkt für das Engagement der globalisierungskritischen Bewegungen werden und eine neue Art der Kooperation begründen. Es hat keinen Zweck, die Neuverteilung der Emissionsrechte zu

regeln, die nachholende Modernisierung aber auf den alten Pfaden laufen zu lassen und vor Kopien der westlichen Konsumkultur zu warnen, ohne an Alternativen zu arbeiten.

ENTWICKLUNG UND WACHSTUM

Profitabilität ist formal eine unhintergehbare Voraussetzung für Innovationen und Investitionen. Denn in einer auf Evolution basierenden modernen Gesellschaft wird es unter den Millionen laufend in Gang gesetzten Innovationsversuchen immer eine erkleckliche Zahl gescheiterter geben. Von 100 potenziellen Innovationen werden nur eine oder zwei langfristig wirksam.

Das bedeutet: Für jede einzelne Innovation muss gelten, dass sie mehr einbringen muss, als sie gekostet hat – deutlich mehr, weil nur dann die gesellschaftlichen Kosten der Entwicklung insgesamt gedeckt sind.³ Dies ist Bedingung jeglicher Evolution und hat mit Wachstumszwang nichts zu tun. Eine auf bloße Erhaltung, Selbstbeschränkung und die Vermeidung freier Überschüsse orientierte Produktion wäre zur Evolution unfähig. Zwar würden keine »überflüssigen« Produkte hergestellt, aber es könnten keine Innovationen realisiert werden, auch keine Effizienz steigernden. Jede auf Suffizienz im Sinne der Beschränkung auf das für die Erhaltung Notwendige und die Vermeidung unbestimmter freier Ressourcen orientierte Produktion würde schnell ineffizient und letztlich mehr Ressourcen verschwenden als eine evolvierende Wirtschaft. Man muss unterscheiden zwischen Verschwendung durch Ineffizienz und überflüssiger Produktion und

disponiblen Ressourcen für Innovationen, für Suchprozesse, Experimente und eigenständige Kulturentwicklung.

Moderne Gesellschaften können nicht ohne Entwicklung bestehen, aber sie müssen nicht ständig wachsen. Entwicklung drückt sich oft in Wachstum aus, z.B. werden die Produktivität oder die Ressourceneffizienz wachsen. Bestimmte Branchen, Regionen oder Konsumbereiche wachsen, andere schrumpfen. Das Bruttoinlandsprodukt wird sich qualitativ verändern. Dies kann, muss aber nicht als Wachstum erscheinen, insbesondere dann nicht, wenn die Bevölkerung stagniert oder zurückgeht. Bei einer immer noch schnell wachsenden Weltbevölkerung wird das BIP weltweit auch quantitativ zunehmen müssen. Wichtiger ist aber, dass es sich dabei *qualitativ* verändert, etwa indem fossile durch regenerative Energie ersetzt wird, der Anteil von Bildungsleistungen am BIP steigt und der von Werbung, Drogen und Finanzberatungen zurückgeht.

KAPITALISMUS VERSUS SOZIALISMUS

In einer eher egalitären Gesellschaft mit Kopplungen (Koevolution) von Ökonomie und Lebenswelten, mit einer Kultur der demokratischen Mitbestimmung sind andere Entwicklungsrichtungen der Arbeitsweise, Produktionsmittel, Konsumgüter und Lebensweisen rentabler als in einer Klassengesellschaft. Nicht das formale Selektionskriterium G-G' bestimmt die Entwicklungsrichtungen, sondern die konkreten gesellschaftlichen Kontexte. Was unterscheidet modernen Sozialismus von modernem Kapitalismus? Die grundlegende

Maschinerie der Moderne, also die Apparate, mit denen Inventionen erzeugt, Innovationen versucht, verbreitet, rekombiniert und selektiert werden, ist im Prinzip die gleiche. Der Unterschied besteht in der Selektionsrichtung. Führt die Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, in der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel und der Arbeits- und Lebensweisen dominant die Macht einer sozialen Gruppe über die andere verfestigt, Teile der Bevölkerung aus Karriere und Teilhabe am Fortschritt ausschließt, Abhängigkeit und soziale Ungleichheit vergrößert? Oder führen unternehmerisches Handeln, Investitionen und Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, bei der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Arbeit und der Lebenswelt, der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen vergrößert, und zwar im Prinzip die aller Individuen?⁴

Beide Richtungen wirtschaftlicher Entwicklung sind an die Voraussetzung der rentablen Verwertung der eingesetzten Ressourcen und der Profitabilität gebunden, aber ihre Richtung ist zu unterscheiden. Im 20. Jahrhundert haben wir es mit beiden Tendenzen zu tun und mit unterschiedlichen Mischungen. Ob die eine oder die andere Tendenz dominiert, ob Subsumtion oder Teilhabe der Individuen die Oberhand hatten, unterscheidet sich nach Raum und Zeit. Aus meiner Sicht ist Kapitalverwertung formal mit beiden Entwicklungsrichtungen vereinbar. Eine starke Abhängigkeit besteht hinsichtlich der Eigentums- und Einkommens-

verteilung, der Verteilung demokratischer Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und der Kräfteverhältnisse zwischen sozialen Gruppen und Interessenlagen. Nicht die Evolutionsmaschine, sondern die Kämpfe der Akteure entscheiden, in welche Richtung die Maschinerie der Moderne läuft. (Nur anhalten kann man sie nicht – aber sollte man das wollen?)

Diese Voraussetzungen angenommen, würde die Verwirklichung sozialistischer Ziele nicht von der Abschaffung des Kapitals abhängen und die Verstaatlichung der Banken oder der Großindustrie wäre keine Bedingung (auch wenn sie unter bestimmten Umständen ein probates Mittel sein kann, Kräfteverhältnisse zu verändern). Sie hängt ab von der Veränderung der Sozialstruktur, der Institutionen, der demokratischen Verfahren, der Kräfteverhältnisse und der Kultur. Sozialismus ist ein richtungsbestimmendes Regime fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung in einer Kapitalverwertungsökonomie; sein Fortschrittskriterium ist die freie Entwicklung der Individuen als Möglichkeit des endlosen Hinauswachsens der Fähigkeiten und Bedürfnisse über das jeweils Gegebene. Sozialismus ist wirklich, wenn die Entwicklung der Gesellschaft zugleich auch Entwicklung aller Individuen ist. Sozialismus ist ein möglicher Entwicklungsmodus der Moderne, aber kein zur Kapitalverwertung alternatives Gesellschaftsmodell.

Es geht nicht um Selbstregulation durch Märkte und nicht um Verzicht auf gesellschaftliche Regulation, sondern um eine gesellschaftlich eingebettete Kapitalver-

wertungswirtschaft: eingebettet in vielfältige basisnahe Organisationen der Bürger, die ihre Interessen selbst wahrnehmen und auch durch staatliche Gremien vertreten lassen. In einem modernen Sozialismus werden Kapitalverwertungswirtschaft und Staat so an die Lebenswelten und die politische Gesellschaft der Bürger gekoppelt, dass die Richtungen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung stets auch die Räume für die freie und universelle Entwicklung der Individualität jedes einzelnen Menschen erweitern – ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, ohne zentrale Planwirtschaft, ohne Parteienherrschaft, ohne Herrschaft der Machtapparate über die Bürger und ohne Dominanz der staatlichen Regulierung über eine politische und marktwirtschaftliche Selbstregulierung. Der Widerspruch zwischen Kapitalismus, dem Prinzip der Selbstreferenz moderner Wirtschaftsentwicklung, und Sozialismus, so man darunter das Prinzip der freien und universellen Entwicklung der Individuen versteht, ist unaufhebbar und muss immer wieder neu ausgefochten und austariert werden. Eine Koevolution ohne Dominanz oder Subsumtion ist zumindest theoretisch vorstellbar.

LITERATUR

- Brie, André, 1993: Die Verhältnisse tanzen lassen. Das Forschungsprojekt »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89, in: Z 16, 45–53
- Busch, Ulrich, und Rainer Land, 2009: Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe, www.rainer-land-online.de
- Crome, Erhard, Lutz Kirschner, und Rainer Land, 1999: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. www.rosalux.de/cms/index.php?id=18682&o=

- Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*, Hamburg 1991 ff.
- Kirschner, Lutz, 2000: Konzepte gegen die Dogmatik. Ein neues Archiv zum SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre, in: *Deutschland Archiv* 33, 251–258
- Land, Rainer (Hg.), 1990: *Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung*, Berlin
- Ders., 1996: Staatssozialismus und Stalinismus, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Hernert Mayer, Michael Schumann: *Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis*, Berlin
- Ders., 1999: Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus. Ein Blick zurück in die Zukunft, in: *Das Argument* 233, 6, 811–26
- Ders., 2009: Schumpeter und der New Deal, in: *Berliner Debatte Initial* 20, 49–61
- Ders., 2010: Eine demokratische DDR? Das Projekt »Moderner Sozialismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11/2010, »DDR 1990«, www.bpb.de/apuz
- Laueremann, Manfred, 1998: Das Soziale im Nationalsozialismus, in: *Berliner Debatte Initial* 9, 35–52
- Luhmann, Niklas, 1992: *Beobachtungen der Moderne*, Opladen
- Ders., 1998: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M
- Luxemburg, Rosa, 1913: *Die Akkumulation des Kapitals*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin
- Schumpeter, Joseph A., 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 2006
- Segert, Dieter, 2008: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*, Wien, Köln, Weimar

1 Eine Sammlung von Texten, die Anfang 1989 entstanden und im Herbst verbreitet und ergänzt worden sind. Kern war eine »Studie zur Gesellschaftsstrategie«, ursprünglich für die Selbstverständigung und Diskussion an der Humboldt-Universität geschrieben. Autoren waren Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Rosemarie Will sowie André Brie, Hannelore Petsch, Wilfried Ettl und Wolfram Wallraf.

2 Diese Erkenntnis verdanke ich meinem Lehrer Prof. Hans Wagner, dessen Stelle an der HU Berlin 1992 abgewickelt wurde.

3 Zudem muss es einen beträchtlichen Teil von Entwicklungen geben, die außerwirtschaftliche Effekte haben, aber wirtschaftliche Kosten verursachen. Ohne das Kriterium der Produktivitätssteigerung und die Forderung, dass eine wirtschaftliche Innovation ihr Kapital verwerten und einen Überschuss einbringen soll, gäbe es keine Ressourcen für Entwicklungen, die außerhalb der Wirtschaft bereit stehen.

4 Dieses Kriterium qualifiziert die Politik der vergangenen Jahrzehnte im Unterschied zu der des New Deals und der Nachkriegszeit als dominant antisozialistisch und unsozial: Der Versuch, die Wachstumsschwäche durch verstärkten Druck auf die Individuen und mehr soziale Ungleichheit statt durch die Entwicklung ihrer Ressourcen und Fähigkeiten zu überwinden. Dies gilt insbesondere für die mit der Agenda 2010 eingeschlagene Politikrichtung.

SOZIALISTISCHE KAPITAL- VERWERTUNGSMASCHINE?

DAS KONZEPT DES »MODERNEN SOZIALISMUS«

NEU BETRACHTET

MICHAEL BRIE UND DIETER KLEIN

Land fasst moderne Gesellschaften als »Innovationsmaschinen« und drängt auf einen von permanenter Selbsterneuerung gekennzeichneten Sozialismus. Er rührt damit an ein Defizit linker Sozialismus-Auffassungen: Wie kann ein Regulationsmechanismus beschaffen sein, der Innovationen fördert und die Gesellschaft den Zielen einer freien Entwicklung jeder und jedes Einzelnen und der Bewahrung der Natur als Bedingung der freien Entwicklung aller unterstellt? Lands Antwort ist die »gesellschaftlich eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft« (vgl. S. 89 im Heft). Das »formale Prinzip der Kapitalverwertung« wirke je nach Kontext völlig unterschiedlich. Faschismus, Stalinismus, New Deal und Wohlfahrtskapitalismus werden als Beispiele genannt, die Bedingungen der je unterschiedlichen Entwicklungen sind aber nicht Gegenstand seiner Analyse. Was nötig wäre – und ob es überhaupt möglich wäre –, um den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus in

eine andere Richtung der Kapitalverwertung zu drängen, kann so nicht gefragt werden.

Unsere These ist dagegen: Wenn die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit vor allem als Kapitalverwertungswirtschaft verfasst ist, dann setzt sich die Dominanz von Verwertungsinteressen zwangsläufig durch, auch in der Lebenswelt. Sozialismus kann zwar Kapitalverwertung nutzen, aber diese darf nicht die Wirtschaft insgesamt prägen. Die Kluft zwischen einer kapitalistischen Wirtschaft und einer sozialistischen Lebenswelt kann niemand überspringen.

Aus der »formalen« Struktur einer Kapitalverwertungswirtschaft ergeben sich eine Reihe von Zwängen:

- 1 | Sie wird immer dazu tendieren, die Bedienung des Kredits über die Reproduktion der natürlichen oder kulturellen Gemeingüter, der Arbeitskraft oder auch der Produktionsmittel zu stellen.
- 2 | Sie ist profitdominiert. Unter den Bedingungen freien Kapitalverkehrs und offener Konkurrenz werden Kredite dorthin fließen, wo die Profite am höchsten sind. Kapitalverwertungswirtschaften selektieren nicht nur formal nach Gewinn, sondern bestimmen Ziele, nicht nur der Unternehmen, sondern dann auch der Mehrheit der Bevölkerung und der Politik.
- 3 | Kapitalverwertung ist mit einer hohen Vermögensakkumulation verbunden und privilegiert die Interessen der Vermögenden, die weitere Vermögen anhäufen. Die Übermacht der Kapitaleigentümer ist in der Kapitalverwertungswirtschaft verankert.
- 4 | Eine Kapitalverwertungswirtschaft erzeugt die Dominanz privater Kapitalverwertung

über den Staat und die Gesellschaft. Da die staatlichen wie die privaten Haushalteinkommen in einer solchen Wirtschaft von den Steuern bzw. Löhnen abhängig sind, müssen sich Staaten daran orientieren, Unternehmen anzusiedeln, und Erwerbstätige müssen sich gemäß der Forderungen des Arbeitsmarkts verhalten – dies beginnt schon in der Schule.

Diese vier Tendenzen münden in einen fundamentalen Widerspruch: Eine Kapitalverwertungswirtschaft unterwirft sich die Gesamtheit der Verwertungsbedingungen (Arbeitskraft, Natur, Kultur, Geld usw.), kann diese aber nicht allein aus sich heraus reproduzieren. Sie ist deshalb auf ökonomische, soziale und ökologische Regulation, ein öffentliches Bildungssystem, Zentralbanken usw. angewiesen, richtet diese jedoch an der Kapitalverwertung aus.

Deshalb kann eine Kapitalverwertungswirtschaft nicht sozialistisch ausgerichtet werden. Die gute Absicht zerbricht an der Realität. Die Gegenbewegungen modifizieren die Tendenz, sind aber nicht in der Lage, sie dauerhaft umzukehren.

Orthodox marxistische und kommunistische Parteien und Bewegungen hatten aus dieser Erkenntnis den Schluss gezogen, die Grundstrukturen des Kapitalismus – und mit ihm der Demokratie, zusammen von uns als »Moderne« gefasst – selbst abzuschaffen. Wirtschaft und Gesellschaft seien direkt dem Gesamtwillen unterzuordnen. Es sollte eine Identität von gesellschaftlichen und individuellen Interessen erzeugt werden. Dies aber ist nicht möglich und mündet in Unterdrückung, Unfreiheit und Stagnation: hilfloser Antikapitalismus (Haug 2007).

SOZIALISMUS ALS SOLIDARISCHE MODERNE

Wenn weder der Rückfall in Staatssozialismus und kommunistisches Gemeineigentum noch ein Beharren auf der bloß veränderten Einbettung der Kapitalverwertungswirtschaft möglich sind, muss ein *dritter Weg* gesucht werden. Dies war bereits Impetus der Gruppe »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrem Umfeld von Reformsozialisten der DDR.

Land verweist auf eine ganze Reihe von Vorschlägen, die in diesem Umfeld des Reformsozialismus entwickelt wurden. Dazu gehörten eine Stärkung von Mitbestimmung der Belegschaften und Räte in den Aufsichtsräten großer *Unternehmen*, die ökologische, Verbraucher- und Regionalinteressen repräsentieren sollten. Es wurde ein einklagbares verfassungsmäßiges Recht auf einen guten Arbeitsplatz und eine Demokratisierung der Medien gefordert (Land 2010). Die Vorschläge zielten darauf, dass (1) in der Wirtschaft nicht die Kapitalverwertung dominiert, (2) Politik in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen, die Unternehmen langfristig binden, und (3) die konkreten Ziele einer freien Entwicklung jeder und jedes Einzelnen in den Lebenswelten einer Kulturgesellschaft umgesetzt werden. Die gegensätzliche Vermittlung von Widersprüchen der Moderne, in der die eine Klasse sich auf Kosten der anderen, Männer auf Kosten von Frauen, der Norden auf Kosten des Südens, das Soziale auf Kosten des Ökologischen, die Wirtschaft auf Kosten von Kultur usw. entwickelt, sollte der solidarischen Vermittlung dieser Widersprüche weichen. Zentrales Problem ist Lands Identifizierung von inno-

vationsfähigen Wirtschaftsorganisationen (im weitesten Sinne Unternehmen, öffentlichen wie privaten) mit Kapitalverwertungswirtschaften. Wenn beide synonym wären, dann wäre jede moderne Wirtschaft der Dominanz der Kapitalverwertung unterworfen. Eine sozialistische Transformation wäre ausgeschlossen. In einer Gesellschaft des modernen Sozialismus könnten Unternehmen in vielen Bereichen auch Kapitalverwertungsgesellschaften bleiben, aber nicht mehr *dominant*. Wir sehen deshalb in der Unterordnung der Kapitalverwertungsziele unter breiter gefasste unternehmerische Ziele ein grundlegendes Merkmal eines sozialistischen Transformationsprozesses (zur Transformation allgemein: Klein 2010). Einige Grundprozesse einer solchen Transformation sollen im Folgenden benannt werden.

Die Struktur: Im Kapitalismus entstehen die Ziele der Entwicklung aus der Profitorientierung privater Wirtschaft. Aufgabe einer linken Politik ist es, die Macht und Eigenständigkeit der Individuen so zu entwickeln, dass sie nicht mehr *primär* Ware Arbeitskraft sein müssen, sondern die von Land betonte Eigenständigkeit der Lebenswelten möglich wird. Sie sind der Ort, wo individueller Sinn und gesellschaftliche Bedeutung erzeugt werden. Sozialismus ist eine Kulturgesellschaft. Er hat seine Grundlage in einer öffentlichen (weder verstaatlichten noch privaten) Kulturproduktion. Dazu gehören eine bedarfsorientierte Grundsicherung, ein breiter öffentlich geförderter Sektor, eine solidarische Daseinsvorsorge. Die »Vier-in-einem-Perspektive« eines Lebens, das sich gleichberechtigt Erwerbs-

arbeit, Fürsorgearbeit, gesellschaftlichem Engagement und eigener Selbstentwicklung widmet (Haug 2008, 20), ist zentraler Teil eines linken Projekts. Wichtige soziale und kulturelle Güter gehören in die Hände von Bund, Ländern, Kommunen, Vereinen, Genossenschaften. Bildung, Gesundheitsvorsorge, Sicherheit, viele Kultur- und Sport- sowie Freizeiteinrichtungen müssen gemeinnützig sein. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich in einer relativen Unabhängigkeit von der Arbeit um des bloßen Erwerbs bilden und entwickeln können, werden auch Ziele entstehen, die weit über den profitkonformen Konsum des »eindimensionalen Menschen« (Marcuse 1967) hinausgehen.

Wir plädieren deshalb für eine solidarische Mehrsektorenwirtschaft, deren Schwerpunkte in der sozialen Reproduktion (»care economy«, Candeias 2010, 16f), der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der kulturellen Entwicklung liegen. Dafür hat sie die ökonomischen Mittel bereit zu stellen und weit mehr als bisher die Ressourcenproduktivität, nicht allein die Arbeitsproduktivität zu steigern. Der übergroße Teil des gesellschaftlichen Reichtums würde dann nicht in profitorientierten Unternehmen entstehen. Die zumindest partielle Umstellung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von lohnbezogenen Abgaben auf eine Wertschöpfungsabgabe würde arbeitsintensive Bereiche humanorientierter Dienstleistungen fördern. Wichtig ist auch, dass die gemeinnützigen Unternehmen demokratisch, transparent und erneuerungsfähig werden, worüber die Linke viel zu selten spricht.



Die wichtigsten Güter: In einer Kapitalverwertungswirtschaft werden die Gemeingüter von Unternehmen weitgehend kostenlos in Anspruch genommen. Sie beutet die öffentlichen Güter aus. Linke Politik muss sich darauf richten, diese Ausbeutung zu beenden. Die Inanspruchnahme öffentlicher Güter durch private Unternehmen ist zu refinanzieren. Demokratische Entscheidungsprozesse samt einer flexiblen politischen Gestaltung von Hauptrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung müssen sich auf ökonomische Macht in Gestalt demokratisch kontrollierten öffentli-

Bildunterschrift

chen Eigentums in der Daseinsvorsorge, im Finanzsektor und in der Energiewirtschaft stützen können. Demokratischer Sozialismus ist daher ein transformatorischer Prozess der Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, der dem Öffentlichen größtes Gewicht verleiht – öffentlichem Eigentum, öffentlichen Gütern, öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlich geförderter Beschäftigung, öffentlichen kulturellen Räumen und der Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen. Die profitdominierte Wirtschaft würde einer Wirtschaft weichen, die vor allem auf die Bereitstellung der öffentlichen Güter – gute Arbeit (vgl. den Beitrag von Röttger im Heft), soziale Sicherheit, Umweltschutz usw. – gerichtet ist.

Die Mittel: In einer Kapitalverwertungsökonomie haben die Kreditgeber, die Shareholder und ihre Vertreter das Sagen. Es ist dieses Prinzip des Profits, das in die gegenwärtige Krise des Kapitalismus mündete und dazu führt, dass kapitalistisches Wachstum den Reichtum, die Natur und den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft zunehmend zerstört.

Das Wesen des demokratischen Sozialismus, individuelle Freiheit jeder und jedes Einzelnen in einem selbstbestimmten Leben durch entsprechende Bedingungen und Solidarität zu sichern, ist keine für die Wirtschaft direkt wirksame Handlungsorientierung, die Innovation und Evolution auslöst. Dieses Ziel ist zunächst nur eine Vision und muss in konkrete Triebkräfte übersetzt werden.

Die Persönlichkeitsentfaltung aller als Leitidee bedarf einer Fülle einzelner Ent-

scheidungen, in denen höchst differenzierte Bedürfnisse und Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Individuen in Einklang miteinander und mit gesamtgesellschaftlichen Interessen gebracht werden müssen, um daraus Anforderungen an die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Teilsysteme abzuleiten. Die Widersprüche sind ständig neu zu vermitteln. Jede zentralistische Planung ist damit überfordert.

Es bedarf komplexer Aushandlung und neuer Unternehmensformen. An die dafür notwendigen institutionellen Innovationen werden folgende Anforderungen zu stellen sein: Sie müssen

- den Gewinninteressen der ökonomischen Akteure und deren Autonomie genügenden Raum lassen;
- größtmögliche Freiheiten für Unternehmen mit staatlicher strategischer Verantwortung und mit der Mitbestimmung der Vielen in Einklang bringen;
- einzelwirtschaftliche Interessen ökologischen Notwendigkeiten unterordnen und zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz einen gerechten Kompromiss herstellen, z.B. durch wirtschaftsdemokratische Veränderungen in den Unternehmen und durch Wirtschafts- und Sozialräte in eine Demokratisierung der Demokratie eingebunden werden;
- angesichts solcher hyperkomplexer Anforderungen geeignet sein, eine vertretbare Komplexitätsreduktion für die jeweils politisch Handelnden zu ermöglichen und ein richtiges Maß von Entscheidungen dem neu konditionierten Markt zu übertragen;

■ geeignet sein, konkretes ökonomisches Handeln und das Handeln in anderen gesellschaftlichen Sphären mit intensiver Weiterbildungsarbeit, mit der Vermittlung gesellschaftlichen Zusammenhangdenkens auf Grund der konkreten Arbeitserfahrungen der Akteure zu verbinden, um kompetente demokratische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen;

■ sich auf eine Vernetzung alternativer Kräfte auf internationaler Ebene stützen können. Denn wesentliche Entscheidungen sind kaum allein im nationalen Rahmen zu treffen und zu realisieren.

Linke Politik sollte darauf zielen, die Kreditfunktion weitgehend zu sozialisieren, die Bildung großer Vermögen einzuschränken und das Management den Interessen der Stakeholder der Unternehmen unterordnen.

Die politische Form: Die politischen Entscheidungen im Kapitalismus müssen sich letztlich der Verwertungslogik unterwerfen, da Abwanderung von Unternehmen zugleich Wegbruch der Steuer- und Sozialeinnahmen bedeutet und die gesellschaftliche Stabilität bedroht.

Ein moderner Sozialismus mit solidarischer Mischwirtschaft hingegen umfasst einen starken öffentlichen Sektor, private Wirtschaft unter strenger Wettbewerbskontrolle und Formen genossenschaftlicher und solidarischer Wirtschaft. Sie würde sich im Rahmen von Planung, gestaltender Struktur-, Wirtschafts- und Forschungspolitik und wirtschaftsdemokratischer Formen des Einflusses von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Kom-

munen und sozialen Bewegungen von der betrieblichen bis zur EU-Ebene entwickeln. »Die Demokratisierung der Demokratie ist Vorbedingung und Teil der Überwindung des Kapitalismus« (Brangsch/Brie 2010).

Zum Schluss: Sozialismus kann nicht auf einer Kapitalverwertungswirtschaft gegründet werden. Eine bloß veränderte Einbettung reicht nicht. Die vier Säulen eines modernen Sozialismus sind eine solidarische Mehrsektorenwirtschaft, das Primat der Produktion öffentlicher Güter, eine Gewaltenteilung in der Wirtschaft, die die Berücksichtigung der Komplexität der Interessen erzwingt, und eine partizipative Demokratie. Mit diesen Zielen, so unsere Überzeugung, kann linke Politik an Reformvorschläge (vgl. Herr in diesem Heft) anknüpfen, sie in Einstiegsprojekte einer radikalen Transformation verwandeln und Elemente einer neuen Gesellschaft entwickeln.

LITERATUR

- Brangsch, Lutz, und Michael Brie, 2010: Demokratisierung der Demokratie. in: Dieter Klein aaO. i. Ersch.
- Candeias, Mario, 2010: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1, 6–17
- Haug, Frigga, 2008: *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*, Hamburg
- Haug, Wolfgang Fritz, 2007: Zur Dialektik des Antikapitalismus, in: *Das Argument* 269, 11–34
- Klein, Dieter, 2010: Die zweite Große Transformation und die Linke, Reihe Kontrovers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Land, Rainer, 2010: Eine demokratische DDR? Das Projekt »Moderner Sozialismus« und Kapitalverwertungsökonomie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, 13–19
- Marcuse, Herbert, 1967: *Der eindimensionale Mensch*, Darmstadt u. Neuwied
- Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1848: *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, 459–93
- Schumpeter, Joseph, 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 2006